Auszug aus dem TCS-Bulletin (Ausgabe 4/2005) des Landesteils Oberaargau, Sektion Bern

«Es lässt sich empirisch feststellen, dass in der Schweiz durch die Strassenverkehrsordnung in den letzten Jahrzehnten der gesamte Mittelstand kriminalisiert wurde.» (Zitat [sinngemäss] von Herrn Kurt Imhof, Prof. für Soziologie an der Universität Zürich, in der TV-Sendung «Zischtigsclub» vom 31. Mai 2005 mit dem Titel: Filippo Lombardi: Wann müssen Politiker zurücktreten?)

Liebe Leserin
Lieber Leser

Im letzten Bulletin des TCS-Landesteils Oberaargau hatte ich die Ehre, im Rahmen eines Kurzporträts als Rechtskonsulent des TCS vorgestellt zu werden. Im Rahmen jenes Interviewgesprächs wurde über die Idee nachgedacht, als Dienstleistung an den Mitgliedern künftig in regelmässiger Form im Bulletin des TCS-Landesteils Oberaargau eine schriftliche Kolumne über «das tägliche Brot» eines Rechtskonsulenten erscheinen zu lassen. Ich komme dieser Aufgabe gerne und mit Freude nach und hoffe, dass ich Ihnen damit, liebe Leserin und lieber Leser, nicht nur zu angenehmer Lektüre verhelfen kann, sondern dass Ihnen meine Beiträge vielleicht auch einmal von praktischem Nutzen in Ihrem Alltag als Verkehrsteilnehmerin bzw. Verkehrsteilnehmer sein können.

Irritiert Sie das auf Seite 5 aufgeführte Zitat und haben Sie sich gefragt, weshalb ich so ein Zitat gerade für den Beginn meiner Kolumne gewählt habe? Am Abend jenes 31. Mai 2005 habe ich beim TV-Programmwechseln («zappen» auf Neudeutsch) in die Sendung Zischtigsclub von SF 1 geschaltet, die gerade begonnen hatte. Zu Gast als Diskussionspartner war (im Übrigen zum zweiten Mal zu einem ähnlichen Diskussionsthema) nebst anderen Teilnehmern Herr Ständerat Filippo Lombardi Aus dem Kanton Tessin. Vielleicht erinnern Sie sich noch: Kurze Zeit vorher wurde in den Medien (vor allem in der Presse) die Meldung verbreitet, dass Herr Ständerat Lombardi – nach mehreren früher bekannt gewordenen «Auffälligkeiten» im Strassenverkehr- erneut in ein Verkehrsdelikt (angeblich ein unter Alkoholeinfluss verursachter Verkehrsunfall) verwickelt sein soll.

Im Laufe der Sendung hat Herr Prof. Imhof sinngemäss die oben als Zitat wiedergegebene Aussage in die Diskussion eingebracht, und – nachdem bei alten Teilnehmern der Diskussionsrunde geradezu bildlich ein Stocken (zum Teil schien mir, dass der eine oder andere Diskussionsteilnehmer gerade dazu ansetzen wollte, seine Entrüstung über dieses Votum kundzutun) erkennbar war – auf Nachfrage des Moderators näher erläutert. Herr Prof. Imhof legte knapp und sachlich dar, dass der Mittelstand (gemeint ist der unbescholtene, in geordneten Verhältnissen lebende «Durchschnittsbürger») – was sich eben aus Untersuchungen belegen lässt – in Bezug auf kriminelles Verhalten (von ganz wenigen, statistisch vernachlässigbaren Ausnahmen abgesehen) immer unauffällig war und es auch bis heute geblieben wäre, wenn man die strafrechtlichen Ahndungen wegen Verstössen gegen die Strassenverkehrsordnung ausblendet. Praktisch jede Person, die dem Mittelstand zugerechnet werden kann, tritt auch als motorisierter Verkehrsteilnehmer auf. Die damit verbundene Zunahme des motorisierten Verkehrsvolumens hat dazu geführt, dass beinahe jeder dieser Verkehrsteilnehmer irgendeinmal im Laufe seines Lebens mit dem Gesetz (d.h. mit der Strassenverkehrsordnung) in Konflikt gerät. Diese Aussage von Herrn Prof. Imhof bringt meines Erachtens die aktuelle Problematik, mit welcher sich heute Verkehrsteilnehmer, speziell die

Automobilistinnen bzw. die Automobilisten, konfrontiert sehen, auf den Punkt: Etwas pointiert (und vereinfacht) ausgedrückt stellt nicht der motorisierte Verkehrsteilnehmer an und für sich das Problem dar, weil er eben – aus was für Gründen auch immer – von Grund auf kriminell ist, und man mit den Mitteln des Gesetzes dagegen etwas unternehmen muss. Die Zunahme des Verkehrsvolumens im Verbund mit der stetigen Weiterentwicklung, Verfeinerung und Anpassung der Rechtsregeln durch den Gesetzgeber und der Auslegung dieser Regeln durch die rechtsanwendenden Behörden (v.a. die Gerichte), brachte es in der Schweiz mit sich, dass der Automobilist (empirisch bzw. statistisch betrachtet) gewissermassen zum «Kriminellen» gemacht wurde.

Ich bin mir des schon als provokativ zu bezeichnenden Gehalts dieser Aussage wohl bewusst. Verstehen Sie mich deshalb recht, liebe Leserin, lieber Leser, es ist leider so, dass fehlerhaftes Verhalten im Strassenverkehr gravierende Folgen nach sich ziehen kann und gerade Verkehrsunfälle für zahlreiche Menschen in unserem Land schlimme Auswirkungen und grosses Leid mit sich gebracht haben. Dass in solchen Fällen die schuldhaften Verursacher zur Verantwortung zu ziehen sind und deshalb mittels Gesetzgebung und Vollzug derselben alles daran zu setzen ist, solche Folgen möglichst zu vermeiden, steht auch für mich ausser Diskussion. Nur muss man sich Folgendes vergegenwärtigen: Wenn man wirklich sämtliche Gefahren und Risiken des Strassenverkehrs ausschalten will, muss man das Autofahren – wie viele andere Tätigkeiten, die ein Gefährdungspotential in sich bergen (Betrieb von Eisenbahnen, von Flugzeugen, von Kraftwerken, den Bergbau, die Schifffahrt usw.) – konsequenterweise verbieten.

Die heutige Rechtslage im Strassenverkehr ist nach meinem Dafürhalten an einem Punkt angelangt, an dem die Frage erlaubt ist, ob denn die zur Verfügung stehenden gesetzlichen Instrumente (die schliesslich im Vollzug von den Behörden, also in erster Linie von der Polizei bzw. den Verwaltungsbehörden und danach von den Gerichten, auch umgesetzt bzw. angewendet werden müssen), in ihren Auswirkungen im täglichen Leben (also in der «Praxis») nicht viel zu weit über das Ziel hinausschiessen, und die von Herrn Prof. Imhof aufgezeigte Tendenz der (faktischen) Kriminalisierung des motorisierten Verkehrsteilnehmers nicht noch weiter fördern, ohne dass effektiv weitere Verbesserungen im Sinne der Absichten des Gesetzgebers (die, was ich durchaus anerkenne, sicher lauter sind) erzielt werden können?

Auf den 1. Januar 2005 ist die ausführlich in den Medien diskutierte und seit langem von zahlreichen Interessenvertretern geforderte Revision des Strassenverkehrsgesetzes in Kraft getreten. Die Stichworte, mit welchen diese Revision der Bürgerin bzw. dem Bürger nahe gebracht wurde, lauteten: Senkung der Promillegrenze von bisher 0,8‰ auf 0,5‰, Erteilung des Führerausweises auf Probe bei jungen Neulenkern sowie härteres Vorgehen gegen Raserei auf den Strassen.

Die Lektüre des nunmehr in Kraft getretenen Gesetzestextes hat mich, zum einen als gewissermassen potentiell selbst betroffener Automobilist, und zum anderen als Jurist, der sich in seiner Praxis intensiv mit Strassenverkehrsrecht beschäftigt, erschrocken und irritiert (wie Sie vielleicht bei der Lektüre des Zitates von Herrn Prof. Kurt Imhof). Weshalb dem so ist, werde ich Ihnen in meinem nächsten Beitrag erläutern, in welchem ich gleichzeitig auf das strafrechtliche und administrativrechtliche Sanktionssystem und die Schnittstellen in unserem Strassenverkehrsrecht etwas näher eingehen möchte. Bis zu diesem Zeitpunkt wünsche ich Ihnen allen gute und unfallfreie Fahrt und verbleibe

herzlichst, P. Bevilacqua